

Sehr geehrte Frau Kreistagsvorsitzende, meine Damen und Herren,

der Antrag der Freien Wähler/Piraten und der Änderungsantrag der SPD und Bündnis 90/Die Grünen stellt für die CDU-Fraktion eine Resolution dar. Wir werden daher beide Anträge ablehnen.

Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei ausschließlich um Angelegenheiten des Hessischen Landtags und des Deutschen Bundestags. In diesen Gremien **muss** die Aufklärung zum Einsatz des sogenannten Staatstrojaners erfolgen und dort findet sie auch statt.

Lassen Sie mich nur einige wenige Aussagen zum Zeitablauf der Aufklärung in Hessen machen. Nach Bekanntwerden und Analyse dieser Software am 8. Oktober 2011 durch den Chaos Computer Club hat der Hessische Innenminister Boris Rhein bereits am 3. November 2011 im Innenausschuss des Hessischen Landtages umfangreich über den Einsatz dieser Software in Hessen Auskunft erteilt. Außerdem hat er den Fragenkatalog der SPD-Fraktion von Frau Faeser hierzu beantwortet.

Mittlerweile hat der Landesverband der Piratenpartei am 16. November 2011 den Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier wegen dieses Sachverhaltes angezeigt.

Aus unserer Sicht gilt für dieses Thema der Spruch „Schuster, bleib bei Deinen Leisten“. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg ist für diese Thematik **nicht** zuständig! Wenn wir uns mit dem Staatstrojaner aufgrund der Begründung befassen, ob Bürgerinnen und Bürger des Landkreises durch den Einsatz der Überwachungssoftware betroffen sind, dann müssen wir uns künftig auch mit Themen wie der EURO-Rettung, der Außenpolitik, einer Steuerreform und und und auseinandersetzen. Bei diesen Themen sind die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises auf **jeden** Fall betroffen.

Ich verstehe, dass die Piratenpartei einen solchen Sachverhalt zu einem Antrag aufgreift. Allerdings bin ich erstaunt, dass die Koalition aus SPD und Grünen dieses Thema auch aufschnappt und hierzu sogar einen Änderungsantrag stellt. Man muss den Eindruck gewinnen, dass man sich hierbei nur einbringt, um gegen die schwarzen-gelben Koalitionen in Wiesbaden und Berlin schießen zu können.

Daran beteiligen wir uns **nicht** und lehnen daher **beide** Anträge ab. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.